

Miesbadener Tageblatt.

44. Jahrgang.
Erscheint in zwei Ausgaben. — Bezugs-Preis:
50 Pfennig monatlich für beide Ausgaben
zusammen. — Der Bezug kann jederzeit be-
endet werden.

Verlag: Langgasse 27.

13,000 Abonnenten.

Anzeigen-Preis:
Die einspaltige Zeile für lokale Anzeigen
15 Pfg., für auswärtige Anzeigen 25 Pfg.,
Reclamen die Zeile für Wiederholungen 50 Pfg.,
für Anzeigen 75 Pfg.

No. 88.

Beilage-Preisnehmer No. 52.

Freitag, den 21. Februar.

Beilage-Preisnehmer No. 52.

1896.

Abend-Ausgabe.

Die Transvaal-Frage.

Unser Londoner a-Korrespondent schreibt uns:
Während die englische Presse Baron Rothschilds jüngste Rede im Hinblick auf den von ihm möglichen und umständlichen Gesichtspunkten aus, erörtert, um der sogenannten öffentlichen Meinung einen mehr oder weniger verworrenen Begriff von Deutschlands Politik in Südafrika beibringen zu können, betrachtet man dieselbe hier in den Kreisen leitender Politiker mit ganz anderen Augen. Darum mußte sich Schreiber dieses auch erlauben lassen, daß jene Rede nicht als das Metalle-Signal der deutschen Regierung sei, aber mit all ihrer Mäßigkeit und ihren unerschütterlichen Grundlagen England noch lange nicht befriedigend könne. Die verständlichere Haltung Deutschlands schreibt man, wenn es gilt, dem patriotischen Völkchen ein wenig neue Begeisterung einzufloßen, dem fliegenden Geschwader und den draven Bürgerkrieger zu; ist man aber unter sich, so heißt es, dieselbe sei den dringenden Vorstellungen des Reiches und Italiens zu danken. Diese beiden Mitglieder des Reichstages sollen erkannt haben, daß der Wunsch, der sich neuerdings in der öffentlichen Meinung in Großbritannien vollzog, den Ausdruck jenes fürchterlichen Unwetters, das Europa schon so lange bedroht, jeden Augenblick veranlassen könnte. Nach Ansicht englischer Politiker ist die Friedensmission jener beiden Staaten indes noch lange nicht beendet, denn John Bull verlangt, daß die deutschen Ansprüche auf das Recht der Einmischung in Südafrika, selbst in der von Baron Rothschild angebotenen reduzierten Form, in bindender Weise aufgegeben werden, und dazu sollen sie Deutschland geneigt machen. Daß deutsches Kapital in Transvaal beschäftigt wird, behauptet man, reiferweise keineswegs eine Intervention, wie die welche Großbritannien beabsichtigt; denn wollte man ausschließen nach jenem Prinzip handeln, so könnte sich schließlich auch England in Deutschlands interne Angelegenheiten aus ganz bestimmten Gründen mischen. Dabei übersehen die englischen Schachmänner natürlich ganz und gar, daß die beachtliche deutsche Intervention sich auf die eventuelle Landung von 50 Millionen zur Bewandlung des Konflikts beschränkt. Die Engländer, d. h. Lord Salisbury und seine Getreuen, müssen nun aber einmal einen Grund für fernere Hinzuhängen, ihren Lieblingskolonialpolitik, haben, und hätten wir Deutschen denselben nicht geliefert, so würde jedenfalls die orientalische Frage oder Rußlands Vorgehen in Ostasien dabei herhalten müssen. Was die Transvaal-Frage selbst anbelangt, so ist die öffentliche Meinung natürlich in zwei Teile gespalten, die mit den beiden politischen Hauptparteien korrespondieren. Wälder der Tories und Unionisten-Presse, wie die „Times“ und der „Globe“, verlangen, daß der Chartered Company nicht Mr. Rhodes und Dr. Jameson auch nicht ein Haar gekrümmt werde, und selbst die „Daily News“ teilen an mehreren Tagen die Rolle des vertriehenen Schiffs und hielten in dasselbe Horn. Die liberale und radikale Presse fordert aber im Hebräen einstimmig und mit großer Entschiedenheit die gründliche Reinigung jenes Angestriches, doch ist das von einem modernen Heulewe, wie Chamberlain, wohl etwas zu viel verlangt. Von den laien Eiten unserer Zeiten angefaßt, hält er peinliche Sauberkeit selbst für einen Staatsmann nicht mehr für nötig und verlangt mit der nächsten Welle von der Welt, man solle die Chartered Company ungeschoren lassen, weil deren 30,000 Aktionäre keine Schuld träre. Nach diesem Prinzip könnte eine Aktiengesellschaft aus Rücksicht auf ihre ehrenwerten Aktionäre in Zukunft nicht mehr für die Fahrlässigkeit ihrer Beamten verantwortlich gemacht werden, was z. B. in England, wo alle Eisenbahnen Privatunternehmungen sind, diesen gewiß recht gelegen kommen würde. Durch den Matabele-Krieg und andere südafrikanische und Londoner Gemeinheitsereignisse gelang es, die Aktien der Chartered Company binnen wenigen Jahren von 12 bis auf 180 Mk. in die Höhe zu treiben, und nun spricht Chamberlain von der moralischen Verpflichtung des Staates, jener Glückspielergesellschaft auf Kosten des nationalen Interesses aus der „Baise“ zu helfen. Die Regierung scheint entschlossen zu sein, an dem status quo ante, soweit als die Rhodesischen Unternehmungen in Frage kommen, so wenig als möglich zu ändern. Man betrachtet es als eine erwiesene Tatsache, daß zwischen dem Transvaal und Deutschland eine Verbindung bestand, und behauptet daher nicht einzufügen, warum die Johannesburger nicht ebenfalls eine solche veranstaltet hätten sollten. Fragt man nach den Beweisen für die hinterlistigen Pläne der Deutschen und der Boeren, so wird man auf die zeitweilige Kuverschtheit des diplomatischen Vertreters des Transvaal, Dr. Leyds, in Berlin verwiesen, hinsichtlich deren nicht seine Menschenkenntnis etwas Anderes weiß, als daß er sich dort aufhielt, um die Behandlung eines hervorragenden Ausen-erzies zu genießen.

Der Ausstand der Konfektions-Arbeiter in Berlin

Ist beendet. Er hat zum Siege der Arbeiter geführt, und wenn dieselben auch noch nicht alle ihre berechtigten Forderungen erfüllt sehen und es der Zukunft überlassen bleiben muß, noch Wachen zu regeln und schädliche Einrichtungen zu beseitigen, so ist andererseits zu bedenken, daß bei solchen Angelegenheiten von beiden Parteien immer etwas zugegeben werden oder abgesehen werden muß; das ist das Wesen aller Ausgleichsverhandlungen.
Heber die Angelegenheit liegen folgende Berichte vor.
Die „Tägl. Rundschau“ schreibt u. A.:

Der Ausstand in der Herren-Konfektion ist beendet. Die Einigungs-Verhandlungen leitete Herr Magistrats-Rat Herr v. Schulz. Sprecher der Arbeitnehmer war Herr Timm, der Führer der Streik-Kommission. Die Hauptforderungen seien: Die Schaffung fester Löhne und Auszahlung derselben in den Werkstätten; hiervon müßten keine Aufschlaggeber unter keinen Umständen abgehen. Berücksichtigung der Arbeiter nicht als unerlässliche Forderung anerkennen. Weiter wird gefordert die Bildung einer aus Konfektionären, Weibern und Arbeitnehmern bestehenden Kommission zur Schlichtung etwaiger Streitigkeiten. Nach langen Verhandlungen willigten die Konfektionäre in die Ausführung eines festen Lohnsystems. Sie versahen den neuen, von ihnen angebotenen Tarif, wobei sie erklärten, daß über dessen Gehalt nicht Verhandlungen werden könne, wenn Berlin seine Stellung in der Konfektion behaupten sollte. Die Verhandlungen endigten mit der mündlichen und schriftlichen Annahme folgender Vergleichsbedingungen: Die von dem Einigungsamt des Gewerbe-Rates zu Berlin vermittelten Vertreter der Konfektionäre, der Arbeiter und der Arbeiterinnen in der Herren- und Damen-Konfektion schiedlich für sich und ihre Mitglieder folgenden Vergleich: 1. Die Konfektionäre bewilligen 12 1/2 v. H. Lohnzulage auf alle vor dem Streik gezahlten Löhne; sofern diese die Minderhöhe des von den Konfektionären vorgeschlagenen Minimaltarifs nicht erreichen, ist mindestens der Streik des bestimmten, ungeschätzten Minimallohns zu zahlen. 2. Unter den Lohnstufen zu 1 dürfen Arbeiter weder ein Zuschlag mehr, noch ein Arbeiter abgezogen oder übernommen werden. 3. Die noch diesen Stufen zu zahlenden Löhne sind für jedes Geschäft durch Auszahlung im Geschäft und bei den Zwischenweilern bekannt zu geben. 4. Die Zwischenweilern verpflichten sich zur Kündigung des Ausstades, sowie ferner, ihren Arbeitern den voll erhaltenen Lohn auszulagern zu versichern. 5. Die Konfektionäre verpflichten sich, Arbeiterinnen, welche die Bestimmungen zu 4 nicht erfüllen, fernerhin nicht zu beschäftigen; ebenso verpflichten sich die Arbeiterinnen, für Konfektionäre, welche die vorstehenden Bedingungen nicht erfüllen, nicht zu arbeiten. 6. Der Streik der Arbeiter der Herren- und Damen-Konfektion wird als beendet erklärt, sobald die Einigung einer Kommission zur Schlichtung von Tarifstreitigkeiten, sowie über die Reformen des Arbeitsaufhanges und der Abkürzung des gleichzeitigen mit der Lohnstufen-Einstellung erfolgen; ebenso der Ausstand des noch ausstehenden Lohns. 7. Lohnabrechnung und Lohnzahlung hat wöchentlich einmal zu erfolgen. 10. Währungsregeln dürfen nicht aufhören.

Ein Vergleich des Streiks in der Damen- und Kinder-mantel-Konfektion ist auch zwischen den Großkonfektionären, den Weibern und der Arbeiter-Kommission ohne Zwischung des Einigungsamtes erzielt worden, nachdem eine vereinigte Sitzung der drei Kommissionen unter Vorsitz des Herrn Ferdinand Mankelmann am Mittwoch von 10 Uhr bis 12 Uhr Mittags stattgefunden hatte. Die gefestigten Bedingungen sollen den Wählern zur feierlichen Genehmigung vorgelegt und ab dann verabschiedet werden. — In den Werkstätten der Herren-Konfektions-Schneider ist der Streik bereits wieder vollständig aufgenommen worden. Bei den Großkonfektionären muß jetzt die in die ständige Nacht hinein gearbeitet werden, um die rückständigen Aufträge schnellstens zu erledigen. In der Damen-Konfektion wird mit dem heutigen Tage der Arbeit wieder aufgenommen werden.

So ist denn dieser Ausstand glänzend beendet, beendet unter dem starken Druck der öffentlichen Meinung, die von Anfang an für die Sache der Ausständigen zugewandt. Nur wenige Tage hat die Bewegung gedauert, und der Sieg der Arbeiter war ein ungewöhnlich schneller. Inwiefern bedeutet der Ausstand einen riesigen Arbeits- und damit Kapitalverlust für die Arbeitgeber und noch mehr für die Arbeiter. Für Leute, die bei färglichstem Lohn von der Hand in den Mund leben, die keinen Sparpfennig für eigenen Namen und keinen Kredit haben, heißt entgangener Verdienst von vier oder fünf Tagen; entbehren, dargen, Nicht leiden — ja hungern, und das meist mit der ganzen Familie. Aus diesem Grunde sind die vielerorts für die Arbeiter veranstalteten Sammlungen ein Segen gewesen oder wirken noch als solcher, um die Schicksalungen wenigstens etwas zu lindern, welche die Not in den armen Familien angerichtet hat. Das Ersreuliche aber bei diesen Sammlungen ist die Tatsache, daß sich in allen Kreisen des Volkes das Erwachen eines wirklichen, sozialen Gemeinseins, eines sozialen Mitgeföhls gezeigt hat, daß sich Regung aufzuwieg über die Schranken der Klassengegensätze und der sich einspielenden Selbsthats.

Deutscher Reichstag.

© Berlin, 20. Februar.

(45. Sitzung am 20. Februar, 1. Uhr.) Fortsetzung der Beratung des Militär-Etats, und zwar des Extra-Ordinariums. Abg. v. Meißner (kon.) führt aus, keine Prektion werde die meisten Forderungen bewilligen und nur einige ablehnen, nicht etwa weil sie ungerichtet seien, sondern weil die Finanzlage dies erfordere.

Rebner kündigt an, daß seine Partei in Zukunft große Beschränkungen eintreten lassen müsse, wenn ihre gerechten Forderungen zur Abhilfe der Notlage der Landwirtschaft nicht bewilligt würden. Die Minister müßten sich davon Reiz nehmen. Die ersten Titel werden hierauf gemäß dem Betrage der Kommission erledigt. Der Titel: 1,600,000 Mk. und 118,000 Mk. zur Bereinigung der Referenzen an Bergungsmitteln für Preußen und Württemberg hat die Kommission mit 16 gegen 10 Stimmen genehmigt. — Abg. Bieder (Centr.) beantragt Bewilligung dieses Titels. — Abg. Richter (frei. Volksp.) bittet, es bei der Bereinigung zu belassen. — General-Major v. Gumboldt legt das Interjekt der Militärverwaltung an der Bewilligung seiner Summen dar. — Schloßler (Bism.) bemerkt, er ist mit der Annahme des Titels einverstanden; bezüglich der Abrechnung v. Kardorff (kon.), Gumboldt (nat.-lib.) und Leitzinger (kon.) — Hierauf findet die Abstimmung statt. Die Zahlung ergibt 92 für und 50 gegen den Antrag Bieder. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. Präsident v. Bülow bittet dann die nächste Sitzung auf 9 Uhr an, und zwar mit derselben Tagesordnung.

(46. Sitzung am 20. Februar, 3 Uhr.) Die Abstimmung über den Antrag Bieder wird rückwärts angelegt. — Für den Restbau der Kupfergruben-Stollen in Berlin ist eine erste Rate gefordert und von der Kommission bewilligt worden. — Abg. Richter (frei. Volksp.) will die Summe bewilligen, aber nicht für den gewählten Platz, der für fünf Jahre zu wertvoll sei. — Abg. Singer (Soz.) erklärt ebenfalls gegen einen solchen Stellenbau, gerade in der allerheiligsten Gegend Berlins. — General-Major v. Gumboldt empfiehlt Bewilligung der Position, welche nach kurzer Debatte erfolgt. Der Rest des Extra-Ordinariums wird nach den Anträgen der Kommission erledigt und dann über den obigen Antrag Bieder abgestimmt. Derselbe wird angenommen. Die Position: Zur Verrechnung der Referenzen an Bergungsmitteln ist also wieder beschlüssig. — Es folgt der Bericht der Budget-Kommission über die vorliegenden Positionen, betr. das Disziplinar-System. Die Kommission beantragt einen Teil der Positionen den Referenzen als Material zu überweisen, einen anderen Teil durch die gefassten Beschlüsse für erledigt zu erklären. Die Kommission beantragt außerdem drei Resolutionen: 1. betr. Erhöhung des Weingehalts der Bundeskassier auf 1000 Mk., 2. Verrechnung der Militär-Beihilfen für ein neues Jahr auf beiden vom dem 1. Januar 1892 angefallenen Bezugs, 3. Gehalts-Erhöhungen für einzelne Beamtenstellen, insonderheit bei denselben durch das Disziplinar-System Ungleichheiten eingetreten sind und dieselben von den allgemeinen Gehalts-Erhöhungen im Jahre 1890 ausgeschlossen wurden. Ein Antrag Singer will in der Resolution: „Militär- und Referenten“. Ein anderer Antrag Singers (Centr.) will, daß den Beamten und Unterbeamten die Zeit vom Tage des Dienstantritts an bis zur Abstellung als Militär-Beihilfe angerechnet werde. Nach einem längeren Referat des Abg. Canecceris (nat.-lib.) verlegt sich das Haus. Präsident v. Bülow schlägt vor, morgen, 1 Uhr, diese Debatte fortzusetzen, sowie eine Reihe weiterer Tages- und Referat. Abg. Richter (nat.-lib.) wünscht, daß für morgen die Referenten-Vorlage auf die Tagesordnung gelegt werde oder falls der Präsident dies nicht wollte, für Montag und Dienstag, und dann erst die beschlossene Pause eintreten zu lassen. — Präsident v. Bülow sagt an, er werde vor der Pause das Haus darüber verlassen. Abg. v. Kardorff (Rechts.) erklärt demgegenüber, heute schon das Referat darüber abgeben, er beantragt, die Referenten schon morgen auf die Tagesordnung zu legen. — Abg. Richter (frei. Volksp.) stellt nicht ein, weswegen man mit diesen 60 Millionen Liebesgabe so große Gile habe. Er frage, es dürfe durch die agrarischen Wünsche veranlaßt worden sei (Beifall). Man bedürfte wohl, daß die steigenden Preise der Referenten-Vorlage ganz die Grundlage einiger Konten. (Sehr richtig, links.) — Abg. Singer (Soz.) bemerkt, daß gegen die Abg. v. Meißner, der in den Referenten-Konten dafür plädiert habe, die Vorlage erst nach der Pause zur Beratung zu stellen. — Abg. Graf M. v. Bismarck wünscht die Beratung morgen, anstatt heute. — Abg. Bieder (Centr.) führt aus, wir wollen uns unsere Meinung nicht vom Grafen Bülow diktieren lassen, andererseits aber lassen wir uns auch durch den Grafen Bülow seinen Standpunkt gegen. Wenn Freunde sich dafür, die Referenten-Vorlage noch vor der Pause zu beraten, und zwar können sie für Beratung am Montag. Nach einigen kurzen Bemerkungen der Abgeordneten v. Kardorff, Richter und Biedert zieht ersterer seinen Antrag zurück. Es bleibt also bei dem Vorschlage des Präsidenten. Sitzung 5 1/2 Uhr.

Der Senatoren-Konvent des Reichstags sollte das Programm für das Fest des Reichstags zur Erinnerung an die erste Sitzung beschließen, daselbst findet am 21. März, Nachmittags 6 Uhr, durch ein Festessen in der Wandelhalle 6. Hof. Wenn es noch genügend vorhanden. Das Konzert folgt 8 Uhr. Offiziell eingeladen sollen sämtliche früheren Abgeordneten werden; besonders werden eingeladen die Abgeordneten von 1871. Der Reichstag übernimmt nur die Umkleen für die Musik und das Schreibe. Es wird zunächst ein Loos von beiden Präsidenten ausgebracht, der erste auf den Stuhl und die Bundesärzten, der zweite auf das Volk und Reich, der dritte auf die Ehrengäste. Ginen virtuellen Loos wird der frühere Präsident v. Kappeler auf den höchsten Stuhl nachbringen. Günstigen anderen Verhandlungen wurde festgestellt, daß darüber überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten bekannt haben.

Die Justiz-Kommission des Reichstags hat heute die in erster Lesung gefassten Beschlüsse, wonach mehrere Fälle des Weins und der Unzucht fortan zur Kompetenz der Strafammer gehören sollen, angenommen. Es bleibt also bei dem bestehenden Recht, wonach für diese Verbrechen die Schwurgerichte zuständig sind.

Die Budget-Kommission des Reichstags hat heute die Beratung des Etats für das schaffranische Schachspiel fort. über die Position von 25,000 Mk. für den Vertreter des Gouverneurs, der zugleich Kommandeur der Schachgruppe ist, soll erst in der dritten Lesung Beschlüsse gefasst werden, wenn das neue Gesetz über die Organisation vorgelegt sein wird. Von Abg. Bachmidt wird angeregt, dem zur Disposition gestellten Dr. Wetters ein kleiner Berufsbildung ratsfähiges Amt zu übertragen, ihn aber nicht in eine Stellung zu versetzen, die ihm eine Verfassung über das Leben der Eingeborenen gewährt. Sein Buch über die Emin Pashas Expedition löste ihn dazu nicht geeignet erscheinen. Abg. Richter nennt dieses Buch geradezu schandlos. Graf Armin tritt für Dr. Wetters ein. Die Position von 25,000 Mk. für einen Landeskommissar am Tanganika wird gefassten und dafür der Betrag für einen Bezirkskommissar mit 10,000 Mk. neu eingefügt. Nach einer Reihe von Abstrichen am Etat werden diejenigen von Kamerun und Togo ebenfalls genehmigt.



Thee - E. Brandsma

Amsterdam
Köln a. R.

zu haben bei: **Oscar Siebert**, Taunusstrasse 42; **Ed. Siebert**, Burgstrasse 10, I. Etage; **F. Blank**, Bahnhofstr. 12; **Carl Kramp**, Römerberg 24; **J. Koch**, Moritzstrasse 6; **Otto Siebert**, Marktstrasse 10. F 66

Wiesbadener Beamten-Verein.

Montag, den 24. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,
in der Turnhalle Wellstrasse 41:

Vortrag

des Herrn Ober-Telegraphen-Assistenten **Dulinski**.
Thema: Von der Osterspize zum Monte Cecidale.
Wir laden unsere Mitglieder und deren Angehörige
ergebenst ein. **Damen haben Zutritt.** F 220
Der Vorstand.

Wiesbadener Beamten-Verein.

Montag, den 2. März, Abends 8 1/2 Uhr,
in der Restauration der Turn-Gesellschaft, Wellstrasse 41:

Ordentliche Haupt-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Kassenauflage.
3. Wahl der Rechnungsprüfer. 4. Neuwahl des Vorstandes
und zweier Mitglieder zur Wirtschaftskommission.
5. Sonstiges. F 220
Der Vorstand.

Fleisch-Verkauf.

Morgen Samstag und Sonntag von 3 Uhr ab wird
Bleichstrasse 14 prima Rindfleisch per Pfund 26 Pf. abgegeben.
Heinrich Wagner, früher Köchschneider.

Kartoffeln.

gelbe 20 und 24 Pf., Magnum bonum
22 und 28, Solger 22, Branderburger
30, Braunsforter 40 Pf., p. Kpf., Gröben.
Einen 12 Pf., Weidenböcker 30 Pf., p. Kpf., sowie Gemüts, Colonial-
waren dem Preise entz. bill. **F. Müller**, Metzger. 20. 2199



Gesundheits-Korsetten!

Alleinverkauf verschiedener,
von hiesigen u. ausw. Aerzten
andauernd empfohlener
Systeme.

Dr. Kleinwaechter's
Büstenhalter

ebenfalls vielfach ärztlich vor-
gezeichnet. Alleinverkauf bei

Ludwig Hess,
Webergasse 18.

Wegen baldiger Abreise

verkaufte von heute ab

zu jedem annehmbaren Preise.

M. Sliten,
45. Langgasse 45.



Jeden Samstag

verkaufte ausfortierte und
fehlerhafte

**Glacé-
Handschuhe**

— bestritten herabgesetzt
zu 1/2 Preis.

Handschuhfabrik
R. Reinglass,

16. Webergasse 16.

Concert-Bücher, fein eingeleitet und Mechanik,
zu verkaufen. Näh. Wellstrasse 33, I. Et. 1.

Bureau-Artikel,

In Waare nur erster und bekannter Häuser,
Edler & Krieh — Soenneken — J. Faber — Beyer etc. etc.
führt und empfiehlt 12225

Bureau UNION,

Inh.: **Rudolf Schwendemann,**

4. Langgasse 4.

Verantwortlich für den politischen und feuilletonistischen Theil: **H. Schulte vom Brühl**; für den literarischen Theil und die Anzeigen: **G. Rötherdt**; beide in Wiesbaden.
Rotationspressen-Druck und Verlag der **L. Schellenberg'schen Hof-Buchdruckerei** in Wiesbaden.

Fr. Eier 5, ital. Eier 6, Tafel-Butter 90!

35 gr. Stof. ober Rand-Eier 140, 25 mittelgroße 180, 180er Hofgut-
Butter 90 u. 91, feinste Thee-Butter 112, feinstes Schmalz 62,
Solatöl 40, feinste franz. Parmesankäse 26, an Döner 21, Rüb-
öle 14, Gutergrübe 22, Gelberies 17, Zinsen 12, Gröben 15, 17,
feinster Walschöcker, **Kneipp's** System, 25, ächter Korn-Kaffee 14,
feine Gerste 17, 20, Wehl 15 bis 18, Alles garantirt prima,
nur bei

Waltuch, Glänbogensgasse 10 u. Saalgasse 4.
Reifina-Litronen 6, Orangen 6 1/2, 7 1/2, feinste Sorten.

Aechtes Niederrheinisches Kornbrot, Westf. Pumpernickel,

täglich frisch, bei 2176

J. M. Roth Nachf.,
Kl. Burgstr. 1.

Sichere Existenz f. eine Dame.

Kleines, aber sehr rentables
Kurz- u. Manufacturwaren-Geschäft
Familienverhältnis, halber ist, mit 5000 Mk. Anschlagung u. sämtlichen
Bedingungen abzugeben. Offerten unter **W 5012** an
Rudolf Mosse, Frankfurt a. M. (F. a. 261/2) F 118

Drucksachen



geschmackvollen Berufs-Abzeichen und Zierrathen

fertigt die

L. Schellenberg'sche Hof-Buchdruckerei

Wiesbaden, Langgasse 27.

Aufruf!

Eine schwere Roth hat sich in neuerer Zeit vielen Grün- und Wohlmeinenden drückend auf die Seele gelegt, empfunden und mit Beforgnis wahrgenommen, wie seitens der Kirche, so auch von den Kreisen der Rechtspflege, der Staats- und Kommunalverwaltung. Es ist die in erschreckendem Maße von Jahr zu Jahr folgende Zahl gerichtlicher Verurtheilungen unter der erwachsenen Jugend: gegen 50,000 verurtheilte Jugendliche in einem Jahr! Das bedeutet eine so furchtbare Gewissensqual für die Wohlthat und Zukunft unseres Volkes und redet eine so eindringliche Sprache, daß es keiner weiteren Worte zu bedürfen scheint, um Jüngern und Jüngern Abhilfe bereit zu machen.

Es gilt ein dringendes und hochwürdiges Rettungswort im Großen! Dieses schließt sich an naturgemäßen an die Arbeiten an, welche leither schon in ähnlicher Weise an der schulpflichtigen Jugend geübt, als ein weiteres Stück der häuslich überwachenden Erziehung. Die evangel. Rettungsbücher und Erziehungsbücher und verwandte Anstalten und Vereine in den Großherzogthum Hessen und der Provinz Hessen-Nassau haben sich darum zu diesem Zwecke zu einem Verbände vereinigt. Von weiten Kreisen von Behörden, Vereinen und Privaten begrüßt und unterstützt hat dieser das Werk der Erziehung und bewahren der Jugend für die eigene Ueberzeugung, daß nicht, so lange blieb die Absicht gehegt wurde, sondern nur nach thatsächlichem Beginn der Ausführung an wirksame Mithilfe zu rechnen sei, haben wir im Verfolge der Beschäfte unserer ersten Hauptversammlung vom 1. April d. J. an ein ausgedehntes Anwesen in Dillenburg (Bezirk Wiesbaden) zunächst gemietet, um am 1. Mai die Anstalt zu eröffnen, — als Erziehungsunternehmen, welchem nach Bedürfnis andere in den sonstigen Theilen des Verbandesgebietes folgen sollen.

Diese Anstalt ist gebaut einerseits als Handwerker-Bildungsanstalt, andererseits als Lehrerseminar unter der Leitung einer dafür ausgebildeten Person, und es sollen die betreffenden Anstalten je nach Umständen im Hause oder außerhalb Beschäftigung und Ausbildung im Berufe und im übrigen überhaupt Pflege und Erziehung durch das Haus finden.

Wir müssen dabei auf die lebhafteste und thatkräftigste Unterstützung aller Kreise rechnen. Den vielbegangenen Weg der Collecten möchten wir, soweit es möglich ist, vermeiden und glauben damit dem allgemeinen Empfinden entgegenzukommen. Zu vermeiden aber wird es nur sein, wenn uns in anderer Weise ausreichende Hülfen zukommen.

Wir wenden uns darum an die Staats-, Kirchen-, Communals- und Reichsbildungs-, Erziehungs- und Erziehungsgemeinden, Vereine und Privaten mit der dringenden Bitte um Zusendungen, deren wir, bis jetzt noch ohne alle bereiten Mittel, insbesondere am Anfang für die Einrichtung und den ersten Betrieb in der Höhe von mehreren Tausend Mark bedürfen.

Wie die Gefahr, der wir im Interesse des Volks und aller Vermählungen begegnen wollen, eine allgemeine ist, so wird auch die Pflicht der Hilfe als eine allgemeine empfunden werden müssen.

Wir stellen die Anstalt und ihre Arbeit Allen im Verbandesgebiete zur Verfügung und bitten eintretenden Falls um Bezeichnung und Meldung.

Die Kosten sollen zwar bezüglich des Unterhalts der Jünglinge, wenn das Werk einmal im Gange ist, hauptsächlich durch die zu vereinbarenden Erziehungsgelder aufgebracht werden, werden aber bezüglich der allgemeinen Kosten (Miete, Hauswart, Heizer, Verpflegung u. s. w.) wie auf die Dauer, so besonders am Anfang nur durch sonstige außerordentliche (einmalige) und regelmäßige Beiträge bestritten werden können.

Wir wir gebühren von dem erscheinenden Rothbunde und dem uns entgegenkommenden Rufe: „Hangt an!“, im Vertrauen auf die nachfolgende helfende That, zur Ausführung geschritten sind, so möge nun auch unsere Bitte: „Helft uns!“ ein williges Gehör und die jetzt notwendige Erfüllung durch Gaben finden.

Zur Empfangnahme sind sämtliche unterzeichnete Vorstandsmitglieder ermächtigt und bereit.

Frankfurt a. M., den 15. Januar 1896.

Der Vorstand des Verbandes:

Jäger, Herr in Dillenburg bei Wiesbaden, Vorsitzender,
Armbrüster, Wfr. in Wehlleben (Gell), Kasper, Wfr. in Frankfurt, Köhler, Erster Beigeordneter in Darmstadt, Müller,
Hanspeter im Rettungsbund bei Wiesbaden, Dr. Pönick, Rechtsanwalt in Frankfurt, Reuss, Gefängnisgeistlicher in Preungesheim,
Schriftführer, Weber, Wfr. in Lich bei Gießen, Widmann, Wfr. in Darmstadt.

